



## Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 2. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter  
Guido Henke  
(DIE LINKE)

### **Kompetenzzentrum „Stadtumbau Sachsen-Anhalt“**

Die Koalition beabsichtigt, die Erfahrungen aus dem IBA-Stadtumbau 2010 in einem Kompetenzzentrum „Stadtumbau Sachsen-Anhalt“ weiter zu entwickeln.

Ich frage die Landesregierung:

1. Bis wann und an welchem Standort bzw. bei welcher Institution soll das Kompetenzzentrum entstehen und in welchem Umfang soll diese Einrichtung personell, sächlich und finanziell zu Lasten welcher Haushaltsmittel ausgestattet werden?
2. Welche Aufgaben und Kompetenzen soll dieses Zentrum gegenüber den Akteuren des Stadtumbauprozesses wahrnehmen?

2. Abgeordnete  
Gudrun Tiedge  
(DIE LINKE)

### **Bestellung der Geschäftsführerin der Feuerwehrunfallkasse Mitte (FUK Mitte)**

Die Fusion der Feuerwehrunfallkassen Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Feuerwehrunfallkasse Mitte wurde endlich im Jahr 2007 vollzogen. Die FUK Mitte ist seitdem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für die Feuerwehrangehörigen der Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.

Gemäß Satzung der FUK Mitte wählt die Vertreterversammlung den/die Geschäftsführer/in auf Vorschlag des Vorstandes, dieser gibt die Zustimmung zur Bestellung.

Die jetzige Geschäftsführerin der FUK Mitte arbeitet jedoch immer noch kommissarisch.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass diese Personalfrage zeitnah einer abschließenden Klärung bedarf, und wann soll die jetzt noch kommissarisch arbeitende Geschäftsführerin durch die zuständige Aufsichtsbehörde bestellt werden?
2. Welche Gründe gab und gibt es aus Sicht der Landesregierung, dass die Bestellung der Geschäftsführerin bis zum heutigen Zeitpunkt nicht vollzogen wurde, haben Vorstand und Vertreterversammlung die ihnen im Rahmen der Satzung obliegenden Aufgaben dabei erfüllt?

3. Abgeordnete  
Angelika Hunger  
(DIE LINKE)

### **Nutzung von Fracking in Sachsen-Anhalt**

Unter Fracking versteht man eine Methode zur Erdgasgewinnung, bei der ein Flüssigkeitsgemisch in gasführende Gesteine gepresst wird und dort Risse hervorruft, durch die das Gas entweichen kann.

Ein Risiko dieser Methode liegt in der Möglichkeit der Verunreinigung von Grundwasser mit den verwendeten Flüssigkeitsgemischen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist diese Methode der Erdgasgewinnung bisher in Sachsen-Anhalt zum Einsatz gekommen oder sind Anträge darauf oder für vorbereitende Arbeiten gestellt worden? Wenn ja, für welche Region?
2. In welchen Teilen Sachsen-Anhalts könnte aus geologischer Sicht eine Nutzung dieser Methode möglich sein?

4. Abgeordneter  
André Lüderitz  
(DIE LINKE)

**Haushaltssperre bis 31. Mai 2011 für Landschaftspflegeprojekte und ländlichen Wegebau**

Die Landesregierung hat für verschiedene Projekte im ländlichen Bereich die in Verantwortung des Ministeriums Landwirtschaft und Umwelt liegen eine Haushaltssperre erlassen. Dies trifft unter anderem auch Projekte der Landschaftspflege die bereits in den Vorjahren begonnen wurden und 2011 fortgeführt werden müssen. Auch Projekte im ländlichen Wegebau, die teilweise mit anderen Baumaßnahmen koordiniert wurden, sind davon betroffen. Dies führt unweigerlich zu Mehrkosten beim Endausbau.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Umfang wurden EU- bzw. Landesmittel und in welchen Bereichen gesperrt und werden die gestellten Anträge, soweit sie genehmigungsfähig sind, zum 1. Juni 2011 freigegeben?
2. Welche Gründe gab es aus Sicht der Landesregierung, dass diese geplanten Mittel nicht ausgereicht wurden und wie sollen die Betroffenen mit den daraus resultierenden und nicht selbst verursachten Mehrkosten umgehen?

5. Abgeordnete  
Sabine Dirlich  
(DIE LINKE)

**Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets**

Die Jobcenter sind zurzeit mit der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets im SGB II befasst. Dabei bleiben sowohl für Betroffene als auch für die Mitarbeiter/innen in den Verwaltungen viele rechtliche Fragen ungeklärt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie soll das Problem des im Schulgesetz für die Sekundarstufe II vorgesehenen Eigenanteils der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung von 100 € für die Leistungsberechtigten im SGB II, vor dem Hintergrund des Bildungs- und Teilhabepakets, gelöst werden?

2. Wie soll mit dem Grundsatz umgegangen werden, dass die Kosten für eine warme Mittagsmahlzeit, die einen Euro übersteigen, von der Grundsicherungsstelle „in der Schulzeit“ übernommen werden können? Was bedeutet dieser Grundsatz für das Mittagessen in der Schule während der Ferienzeiten?

6. Abgeordneter  
Gerald Grünert  
(DIE LINKE)

### **Fortschreibung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) für das Jahr 2012**

Ursprünglich beabsichtigte die alte Landesregierung zum 1. Januar 2012 ein neues FAG zu erarbeiten. Im Koalitionsvertrag vom 13. April 2011 wird nun dagegen ausgeführt, dass es für das Jahr 2012 dem Grunde nach nur fortgeschrieben werden soll.

Ich frage die Landesregierung:

1. Worin bestehen für die Landesregierung neben dem Argument der Gemeindegebietsreform die Hauptgründe, das FAG dem Grunde nach fortzuschreiben, welche rechtlichen Grundlagen sollen dafür herangezogen werden und warum wird neben der Arbeitsgruppe bestehend aus den Ministerien und den kommunalen Spitzenverbänden ein zusätzliches Gutachten benötigt?
2. Will die Landesregierung im Rahmen der angekündigten Fortschreibung des FAG eine verfassungskonforme Finanzausgleichsumlage gesetzlich verankern und welche Erwartungen verknüpft sie an die verfassungsrechtliche Überprüfung der Stadt-Umland-Umlage in Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich der notwendigen Neugestaltung des FAG in Sachsen-Anhalt?